

II-4779 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2354/13

1979 -02- 14

A N F R A G E

der Abgeordneten VETTER  
und Genossen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Arbeitsplatzschwierigkeiten im Bezirk Gmünd,  
Niederösterreich

Der Stadt Heidenreichstein im Verwaltungsbezirk Gmünd, Niederösterreich, droht innerhalb weniger Monate der Verlust von tausend Arbeitsplätzen. Diese ungünstige Entwicklung ist in der Einleitung diverser Konkurs- bzw. Ausgleichsverfahren mehrerer Betriebe in dieser Stadt begründet.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Struktur des gesamten Bezirkes sind derzeit noch nicht annähernd abzusehen, da Ausweichmöglichkeiten im erforderlichen Ausmaß nicht vorhanden sind. Diese traurige Situation widerspricht Ihren großspurigen Ankündigungen, im Waldviertel einen breiten Wohlstandsgürtel zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen die besorgniserregende Lage auf dem Arbeitsmarkt im Bezirk Gmünd und insbesondere in der Stadt Heidenreichstein in vollem Umfang bekannt ?

- 2) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung umgehend treffen, um dieser ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsplatzsektor in diesem Grenzbezirk Einhalt zu gebieten?
- 3) Ist es richtig, daß seitens der Arbeitsmarktverwaltung Sondermaßnahmen beschränkt auf den Bezirk Gmünd und befristet mit 3 Monaten vorgesehen sind ?
- 4) Wenn ja, aus welchen außer wahltaktischen Gründen sollen diese Maßnahmen mit 3 Monaten befristet werden ?